



## Pressemitteilung

Ansbach, 11.02.2014

*Offene Linke mahnt Versachlichung der Debatte um das Klinikum an – OB-Kandidat Meyer:*

"Strukturreform im Management statt Kürzungen auf Kosten von Mitarbeitern und Patienten"

*Lehren aus verkorkstem PPP-Projekt ziehen – Wohnheime nicht aus den Augen verlieren*

Mit Blick auf die Debatte um das Defizit beim Klinikbetreiber ANregiomed mahnt die Offene Linke Ansbach (OLA) eine Versachlichung der Debatte an: Einseitige Schuldzuweisungen trügen wenig zu einem Vertrauensgewinn bei der Bevölkerung bei: Vielmehr müssten die auflaufenden Verluste genauer betrachtet werden. Ein zentraler Negativposten ist hierbei das verkorkste "Private-Public-Projekt" (PPP), das 2013 mit zwei Millionen Euro zu Buche steht (14% des Defizits).

Die infolge der knapp 10 Millionen im Zuge der PPP-Pleite in den Sand gesetzten öffentlichen Gelder sollten Grund genug sein, Entscheidungswege des Klinikmanagement jetzt auf den Prüfstand zu stellen: Denn die Entscheidung für das PPP fiel 2011 just in dem Jahr, in dem der Bayerische Rechnungshof die Kommunen vor solchen Teil-Privatisierungen öffentlicher Aufgaben warnte. Der Oberbürgermeisterkandidat der OLA und stellvertretende Verwaltungsrat von ANregiomed, Boris-André Meyer, fordert daher die Landkreis-Vertreter auf, den Ansbacher Stadtratsbeschluss für öffentliche Sitzungen des Verwaltungsrates und eine stärkere Beteiligung von Mitarbeitervertretern nicht länger zu blockieren:

"Stadt- und Kreisräte als Laien in den Leitungsgremien profitieren von einem Mehr an Transparenz und öffentlicher Kontrolle. Gravierende Fehlentscheidungen wie seinerzeit in Sachen PPP können so künftig vermieden werden", ist sich Meyer sicher, der zudem eine breite Bürgerbeteiligung zur Zukunft der Kliniken, wie etwa erfolgreich im Landkreis Calw geschehen, anregt: "Vorrangige Aufgabe ist es nun, Vertrauen bei der Bevölkerung und der Belegschaft zurück zu gewinnen. Das kann kaum mit Hinterzimmer-Politik geschehen."

Diese Strukturreform des Managements ist in den Augen Meyers Grundvoraussetzung einer Sanierungsplanung: "Anstatt erneut Millionen für die Beratungsindustrie auszugeben muss eine offene Bürgergesellschaft zunächst artikulieren können, was ihr eine gute Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand wert ist."

Nun will das Management mit einem "Kostensenkungsprogramm" reagieren. Das lässt Böses ahnen, denn nach aller Erfahrung bedeutet dies v.a. Personalabbau und/oder Notlagentarifverträge. Beides würde sich im Bereich der patienten- und versorgungsnahen Bereiche eher krisenverschärfend auswirken. Synergien durch die Fusion im Verwaltungsbereich können Kosten reduzieren, aber sicher nicht in Millionenhöhe.

"Der Klinikverbund ist eines der größten Arbeitgeber unserer Region. Die Mitarbeiter leisten qualitativ hochwertige Arbeit und stoßen derzeit an ihre Belastungsgrenzen. Die Arbeitsverdichtung in der Pflege ist auch am Ansbacher Klinikum ein zunehmendes Problem. Es ist daher der falsche Weg, noch weiter beim Pflegepersonal und damit bei der Versorgungsqualität der Patienten zu kürzen. Das würde die Abwärtsspirale von ANregiomed nur fortsetzen", setzt die OLA den Streichungsplänen entgegen: "Es ist anzuraten, die exzellente Versorgung der Patientinnen und Patienten in der Region, also den übernommenen Versorgungsauftrag, in den Mittelpunkt aller Entwicklungsbemühungen für das Klinikum Ansbach zu stellen und dabei v.a. in einer engen Verzahnung von ambulanter, stationärer und rehabilitiver Versorgung die Zukunft zu suchen. Dabei sollten sich die Standorte sinnvoll ergänzen; Doppelstrukturen sollten möglichst schnell abgebaut werden."

Ebenfalls im Auge behalten werden sollte die Situation der Mieter in den Wohnheimen. Dort liegt nach der PPP-Pleite die Planung auf Eis. „Das Klinikum trägt Verantwortung für seine langjährigen Mitarbeiter in den hauseigenen Wohnungen. Es handelt sich überdies um den letzten Wohnraum im -zumindest indirekten- Besitz der Stadt Ansbach. Die Stadt muss sich angesichts der aktuellen Mietpreisentwicklung künftig verstärkt für den Erhalt und den Aufbau von bezahlbarem Wohnraum in Ansbach engagieren“, so die OLA abschließend.